

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenscheibereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Asphaltateure, Plasterer, Zementleger, Ofensetzer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abzählungen Rabatt, der nur als Nachtrag gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.
--	--	--

An die Werbearbeit für unsern Bund!

Beinahe 100 redigewandte Kollegen unseres Bundes bereisen jetzt Deutschlands Oase, um Werbeerwerbungen abzuhalten. Es gilt dabei, den Mitgliedern unseres Bundes nicht nur den gewerkschaftlichen Zweck unserer Organisation zu erläutern, sondern ihnen auch die Bedeutung unseres Bundes als Wirtschaftsfaktor, die gesamten Wirtschaftszusammenhänge vor Augen zu führen, um sie mehr und mehr zu denkenden, weiser ausschauenden Bundesmitgliedern zu erziehen. Es gilt ferner, ihnen immer wieder die Bedeutung unserer sozialen Bauhütten vor Augen zu führen, die Kollegen zu Lehren, zur Bekämpfung des uns feindlich gesinnten Unternehmertums ihre Arbeitskraft nicht nur zu verweigern, sondern sie auch gegebenenfalls einzusetzen gegen die Unternehmertestrebungen. Ferner soll den Kollegen erläutert werden der neue, verbesserten Gewerkschaftsformen zustrebende Gedanke der Industriearbeitsorganisation; sie sollen immer mehr die Ueberzeugung gewinnen, daß diese höhere Organisationsform nicht nur die Gewerkschaft schlaffertiger, mächtiger gestaltet, sondern auch die notwendige Organisationsform ist zur Erfüllung unserer großen Sozialisierungsaufgaben. Die Kollegen sollen bemerkt werden, dieses Problem immer mehr als einen wichtigen Teil unseres Gesamtstrebens einzufassen, um so in ihrem Wirkungskreis diese Idee immer populärer zu machen, sie ihrem Siege entgegenzuführen.

Vor allem aber ist es auch nötig, den Kollegen immer wieder zu sagen, daß den Gewerkschaften, nicht zuletzt unsern Bund, zur Zeit wichtige Tagesaufgaben obliegen angesichts der reaktionären Neuströmung in Deutschland, bewußt geschürt und gestützt durch die Reichsregierung, die sich anscheinend nur noch als Vollzugsauschuss der Besitzenden einschätzt. Diese Bestrebungen, darauf hinauslaufend, die ohnehin kärglichen Löhne zu kürzen, die tägliche Arbeitszeit zu verlängern, den Fortschritt der Sozialpolitik

zu hemmen, alle aus der Gesetzgebung resultierenden Rechte der Arbeiterschaft zu beseitigen, alle Staatslasten den breiten Massen aufzubürden, müssen zu starken Zusammenstößen mit den Gewerkschaften führen. Auch im Baugewerbe droht dieser Kampf, obwohl wir bereits große und schwere Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum aus erst jüngster Zeit hinter uns haben. Deshalb muß unsere Werbearbeit in diesem Herbst auch dazu dienen, unsern Kollegen den Ernst der Lage vor Augen zu führen, sie zu ermuntern, stets wachsam zu sein, sich durch nichts einlassen zu lassen, immer bestrebt zu sein, unsere Reihen zu stärken, den Bund zu einem immer festeren Bollwerk zu gestalten, uns allen zum Schutz, dem reaktionären Unternehmertum zum Trug!

Dem allen gilt unsere Werbearbeit in diesem Herbst. Kollegen vom Baugewerksbund! Folgt willig und freudig dem Ruf der von Euch eingehenden Führer: Hinein in die Versammlungen! Keiner fehle! Es gilt, uns zu zählen, unser geistiges und wirtschaftliches Rüstzeug zu schärfen! Es gilt, dem Gedanken unseres Bundes weitere Anhänger zu werben, den Gewerkschaftsgedanken zu verallgemeinern, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen lernen: ohne Gewerkschaft keine Lebensverbesserung, kein Kulturfortschritt der Arbeiterklasse! Deshalb alle Mann in die Versammlungen! Dem rückschrittlichen und unterdrückungswütigen Unternehmertum stellen wir entgegen die vereinte Phalanx der Ausgebeuteten und Unterdrückten, unsern unbefrähbaren Willen, die Arbeiterklasse herauszubehauen aus müßeliger, schlecht-bezahlter Arbeitsfren, aus der Unfestigkeit einer kümmerlichen Existenz zu menschlicher Freiheit, zu Erdglück, zur Kulturhöhe wahren Menschentums!

Dies erfordert einen unausgesetzten Kampf gegen die Faktionen unserer Gegner. Unsere Herbstversammlungen sind ein Teil unserer Kampfmaßnahmen. Heranzum Kampf! Hinein in die Versammlungen!

fahrens Gelegenheit gegeben werden müsse, aktiv tätig zu sein, um gerade hier praktische die Aktivität in dem von mir bewegten Sinne zu entwickeln. Der gegogene Weg wäre also, daß das Reichsarbeitsministerium bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sei es in der Begründung von Schiedsprüden, die die Anforderungen ablehnen, sei es in der Begründung von Verbindlichkeits-Erklärungen zu solchen Schiedsprüden, seine Meinung über die Lohnlage, über die Wirtschaftslage und die zur Erörterung stehenden allgemeinen Interessen rücksichtslos sagt. Würde dieser Weg beschritten, so würden wir selbst gar nicht dem Reichsarbeitsminister zumuten, daß er etwa große Grundzüge oder starre Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums zur Lohnfrage aufstellt und nach außen verteilt. Wir wären selbst in keiner Weise Freunde solcher starren Richtlinienpolitik, da ja gerade beim Lohn Stütigkeit besteht wie bei der Wirtschaftslage überhaupt. Dagegen erkläre ich mich für erwidernswert, daß der Reichsarbeitsminister bei passender Gelegenheit auch wieder einmal mit einer Broschüre „Lohnpolitik“ an die Öffentlichkeit komme, die seiner Broschüre vor etwa drei Jahren entsprechend auf die gegenwärtigen Verhältnisse gewußt sein könnte, ohne damit unangenehmliche Grundzüge für die Innenpolitik aufzustellen.

Die Herren zeigten für diesen von mir vorgeschlagenen Weg vollstes Interesse, wie überhaupt erfreulichermesse festzustellen werden muß, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage wohl rechtlose Lebereintimmung bestand. Dr. Söhler namentlich erklärte, daß er sich im Sinne meiner Ausführungen vor Tagen bei einer Schlichterbesprechung in Cassel geäußert habe, wobei er wieder feststellen konnte, daß ein großer Teil der Schlichter über das von ihm entrollte Wirtschaftsbild unorientiert war und die Schlichter überfordert gewesen wären, weil sie die Lage bislang doch noch viel rosigter angesehen hätten. Diese Schlichterbesprechung habe also zweifelslos auf die Schlichtertiefen Einbrudgemacht und würde ihre Auswirkung auch auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen. Dr. Söhler sagte weiter, er wolle in den sich ihm bietenden Fällen Begründungen im beregten Sinne geben und mir solche Entschuldigungen dann auch jeweils zur Kenntnis überbringen; im übrigen wolle er dem Minister über die Unterredung mit mir Kenntnis geben.

Dr. Söhler teilte ferner, zwar in vorläufiger Weise, aber deutlich genug mit, daß das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen habe, von dem Mittel der Verbindlichkeits-Erklärung so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen und selbst bei den lebenswichtigen Betrieben (Kohle, Braunkohle, Eisenbahn) sich auf die Nichtanwendung von Fall zu Fall noch offen zu lassen. Söhler bezog sich auf die dieser Maßnahme, er wolle vorbeugen, daß bei einer künftigen Reform des Schlichtungswesens, die auch er erwarte, eine wesentliche Modifizierung der Bedingungen über die Verbindlichkeits-Erklärungen den Anschein erwecken könne, als würde dem Reichsarbeitsministerium bei dieser Schlichtungsordnung ein bislang von ihm in Anspruch genommenes und ausgeübtes Recht entzogen. Er würde vielmehr schon vorher die Praxis darauf einstellen, sich dieses Mittels zu enthalten; dadurch wieder wird für das Ministerium die Gesetzesänderung ohne Prestigeverlust erträglich und der Wirtschaft sei auch jetzt schon geholfen. Vor allem erklärte sich Söhler völlig mit mir darüber einig, daß es ganz ausgeschlossen wäre, der einseitigen und Wirtschaftskrisis, die auch er härtlichsten als Oktober erwarte, und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaus durch bündelnde Verhandlungen Tarifswangen entgegenzuwirken, eine Heberintimmung, die ich mit besonderer Bemühtung feststellte. Ich fügte bei dieser Gelegenheit ein, daß uns natürlich wenig geholfen wäre, wenn das Reichsarbeitsministerium insolge mangelnder Aktivität beim Festhalten der jetzigen Löhne und der davon ausgehenden Beeinträchtigung der Öffentlichkeit und der Gewerkschaften sich später darauf berufen wollte, es wäre durch freiwillige Lohnzulagen der Arbeitgeber aus ohne Ausübung des Verbindlichkeitszwanges das Lohnniveau ganz gegen die eigene Wirtschaftslage des Reichsarbeitsministeriums vorwärts getrieben worden, so daß das Reichsarbeitsministerium fähig für sich in Anspruch nehmen könne, daß es selbst mit Hilfe des Verbindlichkeitszwanges in der Lage gewesen wäre, das Lohnniveau niedriger zu halten. Ich erklärte, daß ich selbstverständlich die deutsche Arbeiterschaft mit allem Nachdruck davor warnen müßte,

Ein Blick hinter die Kulissen des Reichsarbeitsministeriums.

Fast hätte es (bei den Schiedsprüdenverhandlungen am 14. August in Berlin) den Anschein, als ob seit Wochen unsichtbare Fäden geschlungen seien zwischen Reichsarbeitsministerium und Industrievertretern... Wegen uns stehen nicht nur die Bauunternehmer, gegen uns steht auch die gesamte Schwerindustrie mit dem Reichsarbeitsministerium. („Grundstein“ vom 29. August 1925.)

Was wir damals nur greifbar ahnen konnten, das haben wir heute schwarz auf weiß. Heute wissen wir, daß erregte Fäden gleicher Anschauungsweise das Reichsarbeitsministerium und die Unternehmerorganisationen miteinander verstricken. Daß dort drüben alles ein Herz und eine Seele ist, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen. Daß das Reichsarbeitsministerium dem Unternehmertum nicht nur beim Lohnabbau beifällig ist, sondern auch die Verabschiebung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln in die Länge ziehen, kurz, alles, was für die Arbeiterschaft Kulturfortschritt bedeutet, im hohen Verein mit der Unternehmerchaft sabotieren will.

Das Blatt des DGB, die „Gewerkschaftszeitung“, veröffentlicht in der Nr. 30 eine „Aktion“, datiert vom 10. August. Diese Aktion stammt von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, deren Syndikus Dr. Meißinger hat sie unterzeichnet. Sie ist lang, aber so wichtig, daß wir sie nachstehend unter Heraushebung wichtiger Stellen durch Sperreindruck vollständig wiedergeben. Dr. Meißinger schreibt:

Am Sonnabend, 8. August, hatte ich eine vertrauliche Besprechung mit dem Herren Ministerialdirektor Dr. Söhler und Ministerialrat Mewez. Der Ausgangspunkt der Besprechung war die Lage im Baugewerbe mit Hinweis auf die am Montag beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Es kam mir darauf an, noch einmal die Herren mit allem Nachdruck zu bitten, die derzeitigen Bauarbeiterlöhne als Ergebnis auch der für die einzelnen Bezirke erfolgten Verhandlungen unbedingt festzuhalten und gleichzeitig dahin zu wirken, daß die Arbeit in den befristeten Bezirken zu den bisherigen Bedingungen vorbehaltlich der Durchführung des Schiedsverfahrens wieder aufgenommen wird.

Die Herren bestätigten mir, daß sie entschlossen seien, dieses Ziel zu erreichen. Ich benutzte dann diesen Vorgang, den Herren des Reichsarbeitsministeriums noch einmal nachzugehen, sie möchten doch endlich in der Frage der Lohnpolitik aus ihrer Passivität herausreten, um ebenso nachdrücklich, wie sie sich in der Vergangenheit für die Belange der Arbeitnehmererschaft im Rahmen der Besonderen Gesamtwirtschaft eingesetzt hätten, nun auch die Belange der Gesamtwirtschaft durch offenes Vorkommen zu der Mächtigkeit des Standpunktes der Arbeitgeber zu sichern.

Im Laufe der Debatte zeigte ich volles Verständnis dafür, daß das Reichsarbeitsministerium in jeder Hinsicht die von uns verlangte Aktivität nicht in einer Form machen könne, die praktisch dazu führe, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium verlieren und die Reichsarbeitsministerium fähig für sich in Anspruch nehmen könnten, daß es selbst mit Hilfe des Verbindlichkeitszwanges in der Lage gewesen wäre, das Lohnniveau niedriger zu halten. Ich erklärte selbst für unwiderruflich, daß dem Ministerium auch im Rahmen des Schlichtungs-

nach Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung nun ihrerseits mit freiwilligen Lohnzulagen auszuweichen, so sehr mich im gegenwärtigen Zeitpunkt gewisse Voraussetzungen für dieses Ausweichen gegeben wären. Als solche Voraussetzung bezeichnete Sißler in Übereinstimmung mit mir:

1. Den Facharbeitermangel im Baugewerbe und die noch zum Teil bestehende Baukonjunktur.
2. Die unsinnige Lohnpolitik der Gemeinden, auf die er mich noch besonders nachdrücklich verwies.
3. Den Umstand, daß es heute vielen Arbeitgebern so schlecht ginge, daß sie bestimmt wüßten, die Folge eines Streiks wäre für sie völlige Stillelegung, so daß sie also einen weiteren Wurzeln mit Lohnzulagen und dem daraus folgenden Absterben in einigen Monaten den sofortigen Tod vorziehen würden.

Ich verwies dann ferner darauf, daß wir nicht die Organisation des gesamten Schlichtungsapparates bezwecken, daß wir vielmehr mit dem Institut der Schlichter an sich ganz einig seien, daß es aber jetzt nur darauf ankomme, daß die staatlichen Schlichtungsstellen den Mut finden würden, durch Schiedspruch die bestehenden Löhne zu verlängern, ganz unabhängig davon, ob Aussicht bestände, daß die Gewerkschaften sich einem derartigen Schiedspruch unterwerfen oder nicht.

Im weiteren Verlauf der Rede sprach mit mich Dr. Sißler dringend, wir möchten doch jetzt nicht auf die Veränderung in der Haltung des Reichsarbeitsministeriums durch Rundschreiben usw. hinweisen und möchten vor allem doch den von uns ausgeübten Druck auf Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung nicht in der Öffentlichkeit fortsetzen. Es müßte für die Lage des Ministeriums und für seinen Einfluß auf die Gewerkschaften mehr als störend sein, wenn die Gewerkschaften nun etwa sagen könnten, die Rundschreiben und Rundgebungen der Arbeitgeber bewiesen, daß das Reichsarbeitsministerium infolge unserer Eingabe an das Kabinett nun dem Druck der Arbeitgeber und des Kabinetts doch nachgegeben habe und sich unsere Politik habe zu eigen machen müssen. Sißler stellte mir die Information unserer Verbände über den Inhalt unserer Unterredung in geeigneter Weise frei, wollte uns auch ruhig in derselben Weise überlassen, von gewissen wichtigen Sprüchen und Begründungen in der Lohnpolitik Gebrauch zu machen, um daraus unsere Handlungsrichtigkeit im Hinblick auf das Reichsarbeitsministerium zu gewinnen. Er würde aber dringend darum bitten, hierüber nichts Schriftliches aus der Hand zu geben. Wir sollten doch auch den Weg beschreiten, den er nimmt, wenn er die Schlichter informiert, die auf seine Einladung alle kämen, und die ihrerseits dann ebenfalls die erscheinenden Schlichtungsausgäbevorrichtungen informieren würden. Ich stimmte dieser tatsächlichen Behandlung dieser Frage zu und erklärte mich bereit, unverzüglich in diesem Sinne zu verfahren, außerdem bei der bevorstehenden Geschäftsführerkonferenz in Passau entsprechend zu berichten.

In der Arbeitsfrage erklärte er, das Reichsarbeitsministerium werde keine Verordnung nach § 7 mehr erlassen; es habe den jetzt gegebenen tatsächlichen Arbeitszeitstand als der Wirtschaftslage für lange Frist angemessen und werde auch die Verabschiedung eines neuen Arbeitszeitgesetzes mit allen Mitteln in die Länge ziehen. Was vielleicht Ende des Jahres ermartet werden könnte, wäre lediglich ein Referentenentwurf, der dann noch zur öffentlichen Diskussion gestellt, zum Ministerialentwurf berichtet, zum Kabinettentwurf ausgearbeitet und schließlich dann auch noch dem Reichspräsidenten vorgelegt werden müßte. Man habe außerdem auch davon Abstand genommen, ein einheitliches Arbeitsgesetz zu machen und wolle die Form des Arbeiterzeitgesetzes mit folgenden Hauptziffern: 1. Geltungsbereich, 2. Betriebsrat, 3. Arbeitszeitgesetz, 4. Arbeitsaufsicht, 5. Gesundheitsfürsorge für Frauen und Jugendliche, 6. Übergang zu den Schlußbestimmungen. (Dr. Dr. Meißinger.)

Dieses Schreiben erhellt die Lage mit Blicklicht. Hier sehen wir das Zusammenarbeiten der industriellen Scharmacher mit dem Reichsarbeitsministerium in greller Bedeutung. Denn Dr. Sißler ist kein Beliebiger, er ist der einflussreichste Mann im Reichsarbeitsministerium, die rechte Hand des Ministers. Und Ministerialrat Meves ist gleichfalls eine prominente Persönlichkeit in diesem Ministerium.

Man beachte den Verlauf dieser „vertraulichen Besprechung“. Von der Lage im Baugewerbe nahm sie ihren Ausgang. Im Vordergrund der Unterhandlung stand die damals in einigen Tagen in Aussicht stehende Verhandlung im Reichsarbeitsministerium, jene Verhandlung, die dann den unumkehrlichen Schiedspruch des Dr. Sauschmann zeitigte. Das war ein Schiedspruch nach dem Herzen der Meißinger und Konjunktur und nach der wirtschaftlichen Empfehlung und „Einsicht“ der Herren vom Reichsarbeitsministerium. Denn die Herren Sißler und Meves hatten ja Dr. Meißingers Bekämpfung, in dem von ihm angeregten Sinne bei dem Schiedspruchverfahren im Baugewerbe nicht zu wollen. Und das ist dann prompt geschehen. Dr. Sauschmann war dabei nur willenloses Werkzeug.

Dann der weitere Gang dieser „vertraulichen Besprechung“. Ja, man ließe sich Meißinger, wir sind ja aber über wirtschaftliche Meinung, aber nach außen hin darf dies nicht erkennbar werden, sonst verletzten die Gewerkschaften das Vertrauen

zum Reichsarbeitsministerium. Es wäre für die Unternehmer nur schädlich, wenn die Arbeiter angeht dieser Erkenntnis das Reichsarbeitsministerium dann ausschalten und umgehen, das heißt vollständig selbständig ihre Politik betreiben würden. Also in pfiffiger Schläue die Herren vom Ministerium. Und Dr. Meißinger zeigte für ein solches Verhalten „volles Verständnis“.

Und volles Interesse zeigten die Herren für den Vorschlag Meißingers, wieder eine Broschüre über Lohnpolitik im Sinne der industriellen Scharmacher — in „wissenschaftlicher“ Aufmachung natürlich — herauszugeben. Dann die Schlichterbesprechung in Cassel, um das Schlichtungsgebaren im Sinne der Oberbauarbeiter zu beeinflussen, die Mitteilung Dr. Sißlers, von dem Mittel der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen keinen Gebrauch mehr machen zu wollen, die Bitte Dr. Sißlers, um

Zu allen Zeiten war die Wahrheit den Königen nützlich, heute ist sie für sie unerlässlich. Was auch immer die Ursache sein mag, es ist eine Tatsache, daß der Nimbus unüberbringlich verloren ist, man kann nicht mehr mittels seiner regieren. Es gibt heute von wirksamen Rechtsmitteln nur diejenigen, die aus einem allgemeinen, anerkannten und empfundenen Nutzen hervorgehen. Zweifelloß halten die Industriellen am Königtum fest, aber sie sind nicht in es verliert; sie halten nicht feinstenwegen sondern ihrerwegen an ihm fest. Man kann daselbe auch von den Dynastien sagen.

G. Saltz-Simon.

Christi willen von dieser „vertraulichen Unterhaltung“ und dieser intimen Einstellung der Herren vom Reichsarbeitsministerium zu den Fragen industrieller Scharmacherei nichts der Öffentlichkeit zu übergeben — alles liegt im gleichen Rahmen der unigen Seelengemeinschaft der Sißler, Meves und Meißinger, so daß darüber kein Wort weiter zu verlieren wäre.

Und dann kam man wieder auf das Baugewerbe zu sprechen. In trauriger Harmonie teilten die Herren die „Befürchtung“, die Unternehmer des Baugewerbes könnten „mit freiwilligen Lohnzulagen ausweichen“. Die staatlichen Schlichtungsstellen müßten den Mut aufbringen, die bestehenden Löhne nur zu verlängern, also keine Lohnverhöhen auszusprechen. Nun, Dr. Sauschmann hat's dann besorgt. Nur hatte die Rechnung ein Loch: der Bauvertragsstand machte dabei nicht mit...

Genug der Betrachtungen. Die Unternehmer haben das Reichsarbeitsministerium erobert. Dort sitzen nur noch ihre Vertrauensleute. Angesichts dieser Sachlage können die Gewerkschaften zu dieser Sorte Reichsarbeitsministerium natürlich keinerlei Vertrauen mehr aufbringen. Es ist ein Reichsministerium für Unternehmerinteressen scharmacherischen Kalibers. Unsere Kollegen aber wollen wir aus diesem Schreiben noch eine für sie besonders wichtige Mitteilung ins Gedächtnis schreiben: Dr. Sißler und Dr. Meißinger sind sich darüber einig, daß im Oktober die Wirtschaftskrise einsetzt und dann der Zeitpunkt gekommen sei, auf der ganzen Linie mit Lohnabbau vorzugehen. Die ganze Aufmachung dieser Mitteilung läßt darauf schließen, daß in dieser Beziehung im Unternehmerlager ein wohl vorbereiteter Feldzugsplan vorliegt. Dem Dr. Meißinger genügt aber anscheinend die Versicherung Dr. Sißlers nicht, das Reichsarbeitsministerium wolle dann nicht „der Tendenz des Lohnabbaus durch das Mittel des staatlichen Tarifzwanges entgegenwirken“. Er sendet dieses Schreiben hinaus, um aller Welt das wahre Wesen dieses Reichsarbeitsministeriums zu verdeutlichen, um auf diese Weise das bisher noch vorhandene Vertrauen der Gewerkschaften zu diesem Ministerium unheilbar zu erschüttern. Das ist ein ganz probates Mittel, um den staatlichen Tarifzwang überhaupt außer Kraft zu setzen. Das wäre dann die Befreiung des Lohnes von jedem Zwang, das heißt das unbestimmte Recht des Unternehmers, in Krisenzeiten die Löhne nach seinem Gusto herabzubringen.

Kollegen vom Baugewerksbund! Seid auf der Hut! Hier liegt die unverkennbare Absicht vor, zum Winter auch die Bauarbeiterlöhne so weit wie möglich herabzubringen! Die ganze Tendenz der bisherigen Lohnverhandlungen, die Art der Festlegung der Tarifabläufe im Baugewerbe weisen zwingend darauf hin. Man hat solche Lohnabzüge ja schon mal versucht. Damals, zum Winter 1923. Ge-

schicht es wieder, wird es wieder versucht — die Herren sollen dann ihr blaues Wunder erleben! Auch für uns schlägt immer wieder die Stunde der Abrechnung. Deshalb hal Kollegen, seid wachsam, rüftet für kommende Kämpfe; es gilt, durch eine gefestigte Organisation die schwarze Rechnung des Unternehmertums zu zerreißen!

Doch auch ein anderes sei noch gesagt: Das deutsche Scharmachertum fühlt sich jetzt obenau. Es hat die fast ungläubliche und dennoch wohl vorbereitete Absicht, die kommende Wirtschaftskrise dazu auszunutzen, um die unzulänglichen Löhne der Arbeiterkraft, die im Grunde genommen die Ursache dieser Krise sind, noch mehr herabzubringen. Ein geradezu wahnsinniges Beginnen! Denn es bedeutet nur weitere Verelendung der Massen und damit die Verewigung der Wirtschaft's- und Absatzkrise. Glaube diese Indusstriegevolkten, glaubt das Reichsarbeitsministerium im Ernste, der deutsche Michel werde all diese Verewaltungen an Leben und Gesundheit der Arbeiterklasse bis zur Nagelprobe geduldig schinden? Mutet ihm nicht zu viel an! Es kann aus diesem wahnsinnigen Scherentatunel des Unternehmertums eines Tages ein fürchterliches Erwachen geben. Und neue Novembertage dürften dann nicht wieder mit diesen „Herren der Wirtschaft“ so glimpflich verfahren wie im Jahre 1918!

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Mitte September in Essen abgehaltene zweite Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene war von Vertretern, Wissenschaftlern, Gewerbeinspektoren, Krankentrassen- und Gewerkschaftsvertretern zahlreich besucht. Eine Reihe Vorträge wurden gehalten, und zwar über: „Die gewerbliche Kostenoberlegung und deren Verhütung“, über „Schutz- und Wieberbeschäftigungsbedingungen“, über „Temperatur- und Feuchtigkeits in industriellen Anlagen, ihre Bedeutung für die Gesundheit der Arbeiter und die Verhütung ihrer schädlichen Einflüsse“, ferner über das „Ruhesermometer“, das die Feuchtigkeits der Luft zu messen ermöglicht. Alle Vorträge waren von großer Sachkenntnis getragen; sie lösten lebhafteste Ausreden aus. Auch vom Arbeiterstandpunkt aus läßt sich gegen die Anschauungen und Darlegungen der Vortragenden nichts einwenden. Um so mehr ist zu bebauern, daß die Gewerkschaften solchen Vorträgen, die ja doch — ganz gleich, aus welchen Motiven — dem Lebens- und Gesundheitschutz ihrer Mitglieder gewidmet sind, immer noch vielfach die kalte Schulter zeigen. In den verschiedenen Sonderbesprechungen, die die Gewerkschaftsvertreter unter sich hatten, kam dies wiederholt zum Ausdruck. Ein Redner bemerkte recht treffend, daß hier der Druck „von unten“ fehle. Die Gewerkschaftsmitglieder seien eingestellt auf den Kampf um höhere Löhne und verführte Arbeitszeit, ihre Führer verteilten dieses Streben nach besten Kräften, jedoch überließen die Mitglieder und Leiter auch vielfach die Führer, daß der Lebens- und Gesundheitschutz der Arbeiterklasse gleichfalls etwas sehr Wichtiges ist, dem aber leider immer noch nur sekundäre Bedeutung beigemessen wird. In der Hauptfrage hatten nach Essen nur die großen Gewerkschaften Vertreter entsandt. Es wurde allseitig der lebhafteste Wunsch nach Ausbruch gebracht, daß bei den nächsten Versammlungen der Gesellschaft für Gewerbehygiene die Gewerkschaften lückenlos vertreten sein mögen; denn die Erfahrung hat bewiesen, daß schon vornehmlich auf den Veranstaltungen über die Hygienischen Einrichtungen, den Lebens- und Gesundheitschutz gerade bei jenen Arbeitern gesprochen wurde, deren Gewerkschaften keine Vertreter entsandt hatten. Manger Nutzen für die Arbeiterkraft, manche wertvolle Anregung für die Wissenschaft und die Gewerbeaufsicht entspränge daraus, wenn in solchen Fällen nur ein Vertreter der betreffenden Gewerkschaft aus seinem reichen, praktischen Erfahrungsschatz zu dem Gesprochenen Ergänzungen und Vorschläge machen könnte. Auch dem Vorstand des DGB wäre ein solcher Vorwurf nicht zu erparieren; der darin amtierende Sekretär für Bauarbeiterstand hätte ebenfalls an dieser Veranstaltung teilnehmen sollen. Er würde dort nicht nur lernen, sondern auch lehrend wirken können; zumal mit dieser Veranstaltung auch eine Aufstellung der Gesellschaft für Gewerbehygiene, verknüpft war. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, in erster Linie ein Forschungsinstitut, dessen Arbeiten auch bei den Regierungskreisen aufmerksame Beachtung finden, wurde vor wenigen Jahren gegründet. Sie sucht in besonderen durch Veranstaltungen jeder Art die gesundheitlichen Gefahren, die mit der gewerblichen Beschäftigung verbunden sind, nach besserer Möglichkeit herabzumindern. Grund genug, um die Gewerkschaften dafür zu interessieren; denn der Schutz und die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft ist ein hohes Gut, das zu pfeigen nicht erst des Anstoßes „von unten“ bedürftig sollte, vielmehr sollte sich jede Gewerkschaft ohne weiteres bereit machen, dabei nach besten Kräften mitzuwirken. Gewiß, die wissenschaftliche Behandlung dieser Fragen wird in erster Linie den Wissenschaftlern zufallen. Aber den Gewerkschaftsvertretern fällt dabei die nicht unwichtige Aufgabe zu, aus ihrer Erfahrung heraus ergänzend zu wirken und auch nicht mit der Kritik zurückzuführen, falls sich herausstellen sollte, daß bei den Vorträgen für Lebens- und Gesundheitschutz der Arbeiterkraft von mancher Seite berührt wird, das unternehmerische Profitinteresse höher eingeschätzt als das gesundheitliche Wohl der Beschäftigten.

Die Ausstellung „Gesundheit und Arbeit“, zu deren Besuch große, eindrucksvolle Plakate an allen Ecken der Stadt Essen einblenden, gab ein reiches Bild über die feinsten Zusammenhänge des technischen Fortschritts in der Gewerbehygiene und die Beziehungen des Menschen zu wirtschaftlichen Arbeitsstellen. Zahlreiche Bilder und Darstellungen gaben ein lebendiges Bild von freierlicheren, naturgemäßen, gesundheitsfördernden, verborgenen, neugeordneten und gesünderen Tätigkeiten der arbeitenden Menschen. Insbesondere zeigte die Ausstellung die verschiedenartigsten technischen Hilfsmittel zur Beseitigung der Staub-, Dampf- und Unfallgefahren.

Sie zeigt sich der große Fortschritt gegenüber den primitiven Hilfsmitteln früherer Zeiten; es drängt sich der Wunsch auf, daß es bald gelingen möge, auch die letzten ledigen Unvollkommenheiten zu beheben, um den Arbeitsprozeß zur Freude und nicht zur Last zu gestalten. Und den Fortschritt auf diesem Gebiete zu fördern, darf nicht nur der „besseren Einsicht“ des Unternehmers überlassen bleiben; hier müssen staatliche Schutzgesetze eingreifen, um etwas Vollkommenes zu erreichen. Den Gang der Gesetzgebung in dieser Richtung müssen natürlich die Gewerkschaften beeinflussen und befruchten. Die Durchführung einer wahrhaft demokratischen Wirtschaftsverfassung, um die praktische, restlose Anwendung neuzeitlicher Arbeits- und Sicherheitsmethoden praktisch durchzuführen, wäre dabei die Voraussetzung.

Aus der Fülle der Ausstellungen möchten wir nur einige erwähnen. Eine besondere Bedeutung zeigt die in Paris 1925 zu erscheinende Ausstellung, durch Unvollständigkeit herbeigeführten Unglücksfälle werden bildlich dargestellt; in beschreibender Weise wird zu größerer Vorsicht gemacht. In der Gruppe Staus und Entstaubung werden die schädlichen Wirkungen des Staubes auf den menschlichen Organismus bildlich dargestellt, Staubsaugungsapparate und sonstige technische Hilfsmittel gezeigt, die die Staubentwicklung hemmen, das Eindringen des Staubes in die Atmungsorgane verhindern. Eine Abteilung Gesetzlicher Arbeiterschutz behandelt den gesetzlichen Arbeiterschutz, Unfallverhütungsvorschriften, Gewerbeaufsicht, Arbeitzeimen- und Kinderzucht. Einen großen Raum beansprucht die Abteilung Arbeitswirtschaft und Arbeits-eignung. Sie wird von dem Grundgedanke beherrscht, eine höchstmögliche Arbeitsleistung unter bestmöglicher Schonung menschlicher Arbeitskraft anzustreben. Durch Ver-eignungsprüfungen sollen die Fähigkeiten des einzelnen festgestellt werden. Zahlreiche Bilder veranschaulichen solche Prüfungen. In der Arbeitswirtschaft wird gezeigt, wie durch Gehaltenheits- und Unfallschutz wirtschaftliche Arbeitskraft fruchtbar verwertet und das Wohlbefinden des einzelnen erhöht wird. Wir finden ferner Schutzvorrichtungen bei elektrischen Anlagen, Unfallschutz im Baubereich, Neuerungen in Arbeitsgeräten und Arbeitsmaschinen. Der Versuch und die damit zusammenhängenden Fragen der Hygiene und Unfallverhütung werden in einer besonderen Sektion behandelt, eine Unfallstatistik über die Unglücksfälle in Preußen bis 1922 weist einen erfreulichen Rückgang auf; nur die Explosionsunfälle zeigen immer noch den früheren Umfang. Im ganzen genommen zeigt die Ausstellung bei aller noch verhängenen Unzulänglichkeit des Schutzes bei gewerblichen Vorkommnissen doch einen beachtlichen Fortschritt auf. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat sich mit dieser Ausstellung ein besonderes Verdienst erworben. Mögen die Gewerkschaften dies Streben mehr als bisher unterstützen und fördern; es dient dem besten Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft!

Preisabbau und Bauarbeiterlöhne.

Schon wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß die Gründe der Unternehmerverbände unter dem Preisabbau-selbstgedenke eine unverantwortliche Gehe gegen die „hohen Löhne“, insbesondere gegen die der Bauarbeiter be-ziehend. Nachfolgendes Schreiben vom 8. September der Vereinigung der Arbeitgeberverbände von Mainz, Wiesbaden und Umgebung, unterzeichnet Maier und W. Sommer, an die Oberbürgermeister der Städte von Hesse und Sassen-Massau, liefert dafür wieder einen neuen Beweis:

Wir überbrachten Ihnen dieser Tage eine Resolution, die in dem Wunsch unserer Vereinigung am 4. Sep-tember dieses Jahres gefaßt wurde, um alles daranzusetzen, die Preisabbauforderungen möglichst kritisch zu unterbreiten. Es liegt auf der Hand, daß alle ernstlichen Bemühungen der Reichsregierung in ge-nannter Richtung aufzuheben werden müssen, wenn es nicht geling, den Bestrebungen der Gewerkschaften auf Lohn-erhöhungen auf der ganzen Linie energisch Widerstand entgegenzusetzen.

Es ist hinreichend bekannt, daß bei der Gestal-tung des allgemeinen Lohnniveaus die Bauarbeiter einen außerordentlich schädli-chen Einfluß ausgeübt haben, indem die Bauarbeiterorganisationen unter Aus-nutzung der Konjunktur auf dem Baumarkt und unterstützt durch den Facharbeiterman-gel die Löhne unverhältnismäßig in die Höhe getrieben haben, so daß sie bereits über 100 % über das Friedensniveau er-reicht haben. Jedes weitere Ansteigen der Bau-arbeiterlöhne wird aber zwingend mit den Unzufriedenheit und Wechselseitigkeit der Arbeiter anderer Industrie-fürden. Es kommt deshalb alles darauf an, das Bau-erwerbende in der Höhe von weiteren Lohnfor-derungen zu verhindern. Ein unbedingtes und sicher wir-kendes Mittel, dies zu erreichen, ist der Abschluß von Bauverträgen nur zu Festpreisen. Zur Zeit kommen als Bauverträge im allgemeinen Staats- und Kommunalwesen in Frage, und halten wir es deshalb für dringend geboten, wenn die Stadtverwaltungen dieser Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Des ferneren gab die Lohnpolitik, die seitens der Gemeindeverwaltungen im allgemeinen be-trieden wurde, zu ersten Bedenken Veranlassung, indem das Lohnniveau der Gemeindearbeiter in letzter Zeit stets über dem der größten Industrie unseres Wirtschafts-gebietes lag.

Angesichts der außerordentlichen kritischen Lage, in der sich die gesamte Wirtschaft unseres Gebietes befindet, schägen wir Ihnen nur zu wünschen den Vertretern der Stadt-verwaltung und denjenigen unserer Vereinigung eine Ver-sprechung über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Ver-minderung des weiteren Anstiegs des Lohnniveaus herbeizuführen, und wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Zeit und Stelle für eine solche Vespredung mit uns bereitbaren könnten.

Eigentlich wäre eine Vespredung dieses Schatzman-erzeugnisses überflüssig. Er besteht aus alten, läugnetlich zureich-gebrannten Stämmen. Erlegen sind sowohl die 100 % Lohn-

ausflüßig als auch der Facharbeitermangel im Baugewerbe. Jedenfalls werden sich die Bauarbeiter durch solche Schatz-manerwerbungen in ihren Bestrebungen nach angemessenen Löhnen nicht irren machen lassen. Damit dienen sie den volkswirtschaftlichen Allgemeininteressen am wirksamsten. Und auf diesem Wege wird das Gleichgewicht zwischen volkswirtschaftlich berechtigtem Lohn und volkswirtschaftlich ange-messenen Preis hergestellt werden, dessen volkswirtschaftlicher Sinn ja wohl der Preisabbau sein sollte. Immerhin sollte man von den mit dem volkswirtschaftlichen Wissen eines ganzen Jahrtausends beschwerten Köpfen der Unternehmer-syndici erwarten, in ihrem Mundschreiben nicht einen Kops zu bauen, den ihnen kein verständiger Mensch abnimmt. Zu der ihnen reichlich zur Verfügung stehenden Zeit hätten sie Gelegenheit genug, über positive Vorschläge zum Kapitel „Preisabbau“ nachzudenken. Nicht aber ihre Intelligenz als „volkswirtschaftlicher Berater“ der Unternehmer dazu nicht aus, dann sollten sie auf ihren persönlichen Anbau in die Eigenwirtschaft bringen und nicht eine solche un-verantwortliche und schädliche Gehe unter der heuchlerischen Maske des Preisabbauens gegen die auch heute noch völlig un-zureichenden Löhne der Bauarbeiter und aller anderen Ar-beitergruppen betreiben. Der volkswirtschaftliche Sinn des Preisabbauens wäre, den Reallohn der gesamten Arbeiterschaft zu heben, um die Kaufkraft großer Volksschichten zu stärken und die vielfach geradezu wucherhaft hohen Warenpreise zu senken. Der Durchführung des Preisabbauens in diesem Sinne dient aber die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft am wirksamsten, wenn sie für eine weitere Erhöhung ihres Reallohns kämpft. Und dieser klaren Sinn des Preis-abbauens wird sich die Arbeiterschaft am allerwenigsten durch einen solchen Speech verblenden lassen, wie ihn die Vereinigung der Unternehmerverbände von Mainz-Wiesbaden den Oberbürgermeistern von Hesse und Sassen-Massau zu fer-bilden beabsichtigt. Der Arbeiterschaft sei aber auch an dieser Stelle nachdrücklich empfohlen: Schützt eure gewerkschaftliche Organisation und laßt Euch nicht dem Zauberspruch „Preis-abbau“ nicht über den Köpfen barbieren!

Monatsrundschau in der Weltwirtschaft.

Das Konjunkturbild für die wichtigsten Industrie-länder ist zur Zeit uneinheitlich. Gute oder verbesserte Konjunktur in dem einen, schlechte oder verschlechterte in dem andern. So gut ist die wirtschaftliche Konjunktur in Italien, Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Für Italien kann man geradezu von einer Kon-junktur sprechen; die Industrie ist voll beschäftigt, die Ausfuhr, vor allem nach dem Balkan und jüngst auch in steigendem Maße nach Ausland, ist lebhaft, und infolge der günstigen Ernte wird sowohl die innere Kaufkraft ge-hoben, wie das Ausfuhrdefizit vermindert werden. Aller-dings bleibt die innere Kaufkraft infolge des sehr nie-drigen Lohnniveaus sehr gedrückt. In Frankreich blieb die gute Konjunktur weiter bestehen. Der verminderte innere Verbrauch konnte durch vermehrte Ausfuhr wettgemacht werden. Auch der Kohlenbergbau blieb, allerdings bant des Kohlenexportverbots für deutsche Kohle, weiterhin voll in Betrieb. Infolge der niedrigen Löhne sind die Produk-tionskosten in Frankreich immer noch verhältnismäßig billig, und so genießen die französischen Ausfuhrwaren einen Vorkzug auf dem Weltmarkt; die Konjunktur in den Vereinigten Staaten hat sich in den letzten Monaten entschieden gebessert. Die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie berichten wieder von Misserfolgern; aber auch die Eisen- und Stahlindustrie, deren Ausfuhr sich gebrecht war, meldet umfangreiche Bestellungen, ver-mehrte Produktion bei höheren Preisen. Verbessert hat sich die Konjunkturlage in Belgien, wo es der Schwer-industrie gelang, eine große Bestellung im Werte von 800 Millionen Franken für die griechischen Eisenbahnen zu erhalten, was die Schwerindustrie für mehrere Monate mit Arbeit versorgen wird. Die englische Wirtschaft sieht sich ebenfalls etwas gebessert zu haben, wenn dies auch an der Arbeitslosigkeit nur wenig zu merken ist. Eine etwas vermehrte Ausfuhr von Kohle und Textilwaren, allerdings bei sehr herabgesetzten Preisen, Ent-nahme der Einfuhr von Fertigprodukten, etwas verbesserte Handelsbilanz in den letzten Monaten riefen eine bessere Stimmung bei der Beurteilung der Wirtschaftslage hervor, ohne daß die Weltbilanz der Konjunktur verbürgt wäre. Eine geringe Belebung zeigt auch die österreichische Industrie, obwohl die Arbeitslosenziffern eher noch zuge-nommen haben. Dennoch ist in der Schwerindustrie, Ge-wisheits- und Maschinenindustrie und auch in der Textil-industrie eine vermehrte Tätigkeit zu beobachten. Weiter-schlecht blieb die Konjunktur in Polen, wo die Pro-duktion des Kohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung sowie in der Textilindustrie erheblich eingeschränkt werden mußte. Der Schiffsverkehr ist erheblich beigetragen. Verschlechtert hat sich die Konjunktur in der Schweiz, vor allem die Holz- und Textilindustrie. Die Seiden-, Stickerei- und Seidenhandindustrie leidet in hohem Maße unter den neuen englischen Zöllen. Seit Einführung der Zölle ist die Ausfuhr nach England, das das wichtigste Ab-satzgebiet für diese Industrien darstellt, auf beinahe ein Viertel gesunken. In Dänemark hat die stürmische Besserung der Valuta eine Deflation beziehungsweise Er-wartung niedrigerer Preise herbeigeführt, was in einer Abkehrste mit vermehrter Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt.

Die Entwicklung der Handelsbilanz gibt so ziem-lich ein getreues Abbild der geschilderten Konjunkturlage-entwicklung. Die französische Ausfuhr war zwar im Juli etwas geringer als im Juni, dennoch ist die französische Handelsbilanz weiter hochgradig aktiv, in den ersten Monaten des Jahres um 3½ Milliarden Fran-ken. Verbessert hat sich in der letzten Periode die Handelsbilanz Englands infolge verminderter Einfuhr und vermehrter Ausfuhr; dennoch bleibt die Passivität der Handelsbilanz für das ganze Jahr gerechnet außerordentlich hoch. Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten zeigt in den letzten Monaten nicht mehr die früheren riesigen Ausfuhrüber-schüsse; Ausfuhr und Einfuhr hielten in der letzten Zeit schmeichelhaft nahe beieinander. Dieser für Amerika un-günstige Zustand gibt dem amerikanischen Industrie-kapital

zu neuen Schutzollforderungen beziehungs-weise zur Verschärfung der Maßnahmen gegen den eng-lischen Dumping des Auslandes Veranlassung. Verschlech-tert hat sich die Handelsbilanz der Schweiz infolge der Ab-schwächung der Löhne und Zerstörung der Textil-industrie, deren Handelsbilanz somit aktiv ist und erst in den Sommermonaten infolge unzureichender Rohstoffzufuhr passiv geworden ist. Es ist aber zweifelhaft, ob es der Schweizer Industrie gelingen wird, ihren über-überschuss zu lohnenen Preisen zu verwerten, wodurch die günstige Entwicklung der Handelsbilanz in Frage ge-stellt wird. Die polnische Handelsbilanz hat sich infolge des Wirtschaftskrieges mit Deutschland im August noch weiter verschlechtert, trotz allgemeiner Einfuhrverbote, die die Einfuhr drohen sollen. Dieses System soll vom 1. Ok-tober an noch weiter verschärft werden.

Die goldpolitische Lage sieht weiter im gleichen des Hochschulzoll. Ueber die amerikanischen Beiträ-gen und die polnischen Einfuhrverbote wurde jedoch berichtet. Jugoslawien hat vor kurzem ein Hochschulzollsystem eingeführt. Gelegenheit der Tagung des Völkerbundesrates, als über die wirtschaftliche Lage und Lebensfähigkeit Oesterreichs verhandelt wurde, ge-langte man zu der Überzeugung, das größte Uebel Oester-reichs bestehe in den Hochschulzöllen der es umgebenden Staaten, die der österreichischen Industrie die Absatzgebiete verpfänden. Trotzdem wurde dem Wunsch Oesterreichs, mit seinen Nachbarstaaten Vorkursgabelle vereinbaren zu dürfen, nicht nachgegeben. Die kürzlich stattgefundene Wirtschafstagsung stellte sich zur Aufgabe, der Welt die Argumente für den Frei-handel und gegen den Hochschulzoll vorzutragen. Leider ist es sehr zweifelhaft, welche Wirkung die treffende Beweis-führung einzelner Sachverständiger in einer Welt des Schutzollnarrismus haben werden.

Die Preisentwicklung in den verschiedenen Ländern war gleich der Konjunktur uneinheitlich. Die ge-ringere Erhöhung der französischen und italienischen Groß-handelspreise steht mit dem Rückgang der Valuten, dem erst vor kurzen Einfall geboten wurde, in Beziehung. In England war nach der Wiederherstellung der Goldparität die Tendenz zur Preissteigerung vorhanden, auch um die Ausfuhrfähigkeit zu heben. In der letzten Zeit waren aber auch in England steigende Preise zu beobachten. Das seit Monaten sinkende amerikanische Preisniveau hat im August wieder eine Steigerung erfahren und wird voraus-sichtlich, dank der Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise, weiter steigen. Die Getreidepreise waren weiter schwan-kend mit der Richtung nach unten. Die Getreideernte in den Vereinigten Staaten wird um ein Viertel niedriger sein als im Vorjahr, doch wird das durch die guten Ernten Kanadas und der europäischen Länder ausgeglichen. Ge-sunken sind die Baumwollpreise infolge der ausreichenden Baumwollerntens, auch der Preis für Hanf und Wolle. Die Preise für Holz sind sehr erheblich gestiegen.

Unter den Valuten, die in einer Anzahl von Län-dern immer noch Veränderungen unterworfen sind, hat sich der Kurs für die Ira, die dänische und norwegische Krone, die beiden letzteren in sehr hohem Maße gebessert. Der Sinken verdankt seine Besserung neuen finanztechnischen Maßnahmen gegen die Spekulation und der ver-besserten Handelsbilanz; die dänische und norwegische Krone aber, außer wirtschaftlichen Ursachen der ameri-kanischen Spekulation, die sich, statt wie früher auf das englische Pfund, jetzt auf diese Währungen ge-worfen hat. Gestunten ist der Kurs des polnischen Zloty, was um so auffälliger ist, weil diese Währung erst jüngst stabilisiert wurde und ihr Verfall deshalb das Zeichen einer scharfen Krise ist. Die Maßnahmen der Regierung konnten die Wertverminderung des Zloty bisher nicht rückgängig machen. Auch die griechische Dracme, die mit Hilfe aus-ländlicher Anleihen ziemlich stabilisiert werden konnte, er-litt in der letzten Zeit neue Wertverluste. Der fran-zösische Franken ist seit einiger Zeit stabil. Sein weiteres Schicksal hängt vom Erfolg der gegenwärtig aufstehenden neuen Anleihen und im weiteren Verlauf von der Regie-rung der internationalen Schulden ab. Die Ver-handlungen hierüber sind mit England bereits sehr fort-geschritten.

Die internationalen Kartellvereinbarungen gingen weiter; sie werden durch den großen Konzentrations-prozeß der deutschen chemisch-wirtschaftlichen und ober-schlechten Industrie neue Anregung erfahren. Das öster-reichisch-schweizerische Eisenkartell soll erweitert werden und wird mit den Plänen des westeuropäischen Eisenkartells in Zusammenhang gebracht. Ueber das internatio-nale Eisenkartell wird weiter verhandelt; bis-her konnte über die Produktions- und Absatzquoten keine Einigung erzielt werden. Zwischen den englischen und deutschen Bergbauunternehmern wurden Verhandlungen zu einer Vereinbarung über Preise und Absatzgebiete ge-führt, die jedoch zu einem Erfolg bisher nicht führten.

Wohnungsfrage und Mieterschutz.

Bei der Beratung des Wohnungsaufbaugesetzes im preußi-schen Landtage gab kürzlich der sozialdemokratische Abge-ordnete Meyer, Solingen, eine eingehende Darlegung über die Mittel und Wege, die aus den standstilligen Zuständen des Wohnungswesens und Wohnungsbauens herauszuführen können. Der Städtebauentwicklung sei zu begrüßen, seine Richtlinien seien eine geeignete Grundlage zur Lösung des Wohnungsproblems. Einige übertriebene Anforderungen hätten das Wohnungswesen als die Hauptquelle des Volkseleids nicht nur in sanitärer, sondern auch in finanzieller Hinsicht charakterisiert. Diese Verhältnisse hätten die Wohnreform nicht nur in sanitärer, sondern auch in finanzieller Hinsicht schon lange. Jedoch vor dem Krieges haben in der Wohnungs-wirtschaft alle Verbesserungen in der Wohnungs-frage im Wege. Neidtrag und Landtag weisen mit ihren übertriebenen Mehrheiten jeden Eingriff in die „geheiligten“ Rechte des Privateigentums zurück. Das Privateigentum aber interessiert sich nur dann für den Wohnungswesen, wenn dabei ein für die Gewinne zu erzielen sind. Ohne staatliche Wohnungspolitik wären die in der Wohnungsfrage überhaupt nicht weitergekommen. Ohne öffentliche Hilfe wäre eine Baulastigkeit lange Zeit nicht möglich. Eine Haus-zinssteuer wäre es zum völligen Stillstand der Bautätigkeit gekommen.

